



Dr. Lale Akgün • Martin Dörmann • Prof. Karl Lauterbach • Dr. Rolf Mützenich  
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten  
Magnusstraße 18b · 50672 Köln

Kölner Medien

**SPD-Bürgerbüro Köln**  
**Büro der Bundestagsabgeordneten**  
Magnusstraße 18b  
50672 Köln  
Tel.: 0221 / 16919577  
Fax: 0221 / 16919579  
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach  
eMail: koelner-spd-mdb@netcologne.de

Köln, 26. Mai 2009

## **Pressemitteilung**

### **Kölner SPD-Abgeordnete:**

### **„Arbeitsplätze bei Karstadt erhalten“**

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün, Martin Dörmann, Dr. Rolf Mützenich und Prof. Karl Lauterbach fordern, den Antrag der Karstadt-Mutter Arcandor auf Staatsbürgschaften wohlwollend zu prüfen.

„Es geht um tausende Arbeitsplätze, überwiegend von Frauen. Das kann uns nicht einfach egal sein.“, so die SPD-Abgeordneten nach einem Gespräch des Gesamtbetriebsrats von Karstadt mit der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD sicherte ihre Unterstützung im Kampf um die Arbeitsplätze bei Karstadt zu.

Die Arcandor AG hat Bürgschaften und Kredite von rund 800 Mio. € beantragt. Der Kern des Unternehmens, insbesondere auch das Haus in Köln, sei gesund. Die aktuelle Krise gehe auf schlechtere Kreditbedingungen durch die Banken und nicht auf Strukturprobleme des Unternehmens selbst zurück.

Die vier Kölner SPD-Abgeordneten rügen die kategorische Ablehnung aus der CDU-Fraktion. „Aus ideologischen Gründen Nein zu sagen, ohne überhaupt in der Sache zu prüfen, ist leichtfertig“, kritisieren sie.

„Uns ist ein Arbeitsplatz einer Verkäuferin genau so wichtig wie der bei einer Bank.“ Dort habe die CDU Rettungsbürgschaften zugestimmt. Es sei unverantwortlich, bei realen Unternehmen und Betrieben jedes Mal die Insolvenz herbei zu reden.

Um Arbeitsplätze zu erhalten hat der Bund einen Bürgschaftsfonds von 100 Mrd. € für Unternehmen aufgelegt. „Klar muss Karstadt die Kriterien des Fonds erfüllen und es kann keine Subventionierung geben.“, betonen die SPD-Abgeordneten. Der Fonds sei aber ausdrücklich dazu gemacht, die Kreditversorgung von Firmen für den normalen Geschäftsbetrieb sicherzustellen.

Die SPD in Köln unterstütze die Aktionen und den Einsatz der Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze.